

GROSSER RAT

Augustsession 2022

Auftrag Hohl betreffend Steuerentlastung von Familien und Fachkräften

Der Kanton Graubünden weist im Corona-Jahr 2021 ein operatives Plus von CHF 139,4 Millionen aus. Durch den Ertragsüberschuss wächst das frei verfügbare Eigenkapital auf CHF 628 Millionen. Berücksichtigt man das zweckgebundene Eigenkapital (Spezial- und Vorfinanzierungen), beträgt das Eigenkapital über CHF 1,2 Milliarden.

Trotz anstehender Herausforderungen ist die finanzielle Ausgangslage des Kantons sehr gut, um mit Blick auf Art. 93 Abs. 2 der Kantonsverfassung («Der Finanzhaushalt soll unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung mittelfristig ausgeglichen sein») nicht zu sagen: zu gut.

Während für juristische Personen in Anbetracht der anstehenden OECD-Mindestbesteuerung aktuell noch zu viele Fragen der nationalen Politik unbeantwortet sind, muss und kann in Anbetracht des Fachkräftemangels, der Förderung der Attraktivität von Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in Anbetracht der vermehrten und steigenden Überalterung der Bündner Bevölkerung eine Entlastung von Familien, von Doppelverdienern und von (potenziellen) Fachkräften unmittelbar gehandelt werden. Neben diversen Massnahmen, welche beim Kanton bereits pendent sind (beispielsweise Totalrevision des Gesetzes über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden), handelt es sich auch bei der Ausgestaltung der Besteuerung der natürlichen Personen um eine Kernaufgabe des Grossen Rats in Bezug auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen.

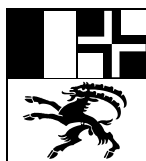
Daher sollten die steuerlichen Rahmenbedingungen für Familien und (potenzielle) Fachkräfte jetzt überprüft und dem Grossen Rat zur Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgelegt werden.

Im Vordergrund stehen beispielsweise die Überprüfung der Abzüge für Kinder, für die Kosten der Drittbetreuung von Kindern aber auch der Abzug für Zweiverdiener. Zudem könnte allenfalls die Ausgestaltung der steuerlichen Progression im Hinblick auf Doppelverdiener aus dem Mittelstand kritisch hinterfragt werden. In Bezug auf die Fachkräfte müsste insbesondere die Quellenbesteuerung in die Überlegungen einbezogen werden, wovon vor allem Arbeitgeber aus den Bereichen des Bauhaupt- und des Baunebengewerbes oder dem Tourismus profitieren könnten. Selbstverständlich sind die Auftraggeber auch für weitere oder alternative Vorschläge offen.

Die Unterzeichnenden beauftragen die Regierung entsprechend, dem Grossen Rat eine konkrete Vorlage zur steuerlichen Entlastung für Familien und (potenzielle) Fachkräfte zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Attraktivität für die entsprechenden Zielgruppen im schweizweiten und internationalen Vergleich zu verbessern.

Chur, 3. September 2022

Hohl, Bettinaglio, Koch, Adank, Altmann, Bergamin, Berweger, Binkert, Brandenburger, Brunold, Bundi, Butzerin, Cahenzli (Trin Mulin), Caluori, Candrian, Casutt, Censi, Claus, Collenberg, Cramer (Surava), Danuser (Cazis), Della Cà, Derungs, Dürler, Epp, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Heini, Holzinger-Loretz, Hug, Jochum, Kasper, Kienz, Kocher, Kohler, Krättli, Kuoni, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Pfäffli, Rageth, Rauch, Righetti, Rodigari, Roffler, Rüegg, Said Bucher, Salis, Sax, Schneider, Schutz, Sgier, Stiffler, Stocker, Tanner, Thür-Suter, Tomaschett, Widmer, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart)



Sitzung vom

25. Oktober 2022

Mitgeteilt den

28. Oktober 2022

Protokoll Nr.

810/2022

Auftrag Hohl

betreffend Steuerentlastung von Familien und Fachkräften

Antwort der Regierung

Mit dem Auftrag Hohl vom 3. September 2022 soll die Regierung beauftragt werden, dem Grossen Rat eine konkrete Vorlage zur steuerlichen Entlastung von Familien und (potenziellen) Fachkräften zu unterbreiten, um die Attraktivität für die entsprechenden Zielgruppen im schweizweiten und internationalen Vergleich zu verbessern. Die Unterzeichnenden fordern beispielsweise die Überprüfung der Kinderabzüge, des Fremdbetreuungsabzugs sowie des Zweiverdienerabzugs. Sie regen des Weiteren an, die Ausgestaltung der steuerlichen Progression im Hinblick auf Zweiverdiener aus dem Mittelstand kritisch zu hinterfragen. Sie verlangen ferner, dass in Bezug auf Fachkräfte die Quellenbesteuerung in die Überprüfung miteinbezogen wird.

Die Regierung unterstützt das Anliegen, die Attraktivität des Kantons Graubünden für Familien und Fachkräfte gemäss vorliegendem Auftrag weiter zu verbessern, und ist deshalb bereit, im Sinne des Auftrags die namentlich genannten Abzüge – insbesondere enthalten in Art. 36 (allgemeine Abzüge) und in Art. 38 (Sozialabzüge) des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden (BR 720.000) – sowie Anregungen unter Berücksichtigung des übergeordneten Rechts und der steuerpolitischen Entwicklungen (wie z. B. Individualbesteuerung) zu überprüfen, eine Auslegeordnung auszuarbeiten sowie eine konkrete Vorlage zu unterbreiten. Dabei berücksichtigt die Regierung die nachfolgend ausgeführten Gegebenheiten.

In der laufenden Legislaturperiode 2019 – 2022 wurden bereits erhebliche steuerentlastende Massnahmen auch für natürliche Personen beschlossen und umgesetzt. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von konkreten Massnahmen ist zudem sowohl dem Handlungsbedarf bezogen auf die interkantonale Steuerbelastung als auch auf den eingeschränkten steuerpolitischen Handlungsspielraum Rechnung zu tragen. Generelle flächendeckende Steuersenkungen sind zurzeit nicht angezeigt. Den fi-

nanziellen Möglichkeiten im Steuerbereich sind klare Grenzen gesetzt. Die Ausgangslage mit den hohen Ertragsüberschüssen in den letzten Jahren und der aktuell soliden Finanzlage kann zwar als gut bezeichnet werden, dennoch dürfen die neusten Finanzperspektiven mit erheblichen Ertragseinbrüchen und Unsicherheiten nicht ausser Acht gelassen werden.

Zu beachten gilt es hier vor allem die wesentliche Verschlechterung der Finanzplanzahlen. Der neue Finanzplan 2024 – 2026 weist stark steigende Defizite zwischen 65 Millionen und 112 Millionen aus. Zu den Hauptgründen dafür gehören die stark getrübbten Gewinnaussichten der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und der ab 2024 einsetzende massive Ertragseinbruch beim nationalen Ressourcenausgleich. Im Budget 2023 und Finanzplan 2024 – 2026 wird von einer vierfachen SNB-Gewinnausschüttung und einem Kantonsanteil von 62 Millionen ausgegangen. Wie die enormen Verluste der SNB in den ersten drei Quartalen 2022 gezeigt haben, sind in den nächsten Jahren auch Totalausfälle gut möglich. Zudem fällt gemäss den neusten Prognosen von BAK Economics AG der Einbruch beim nationalen Ressourcenausgleich deutlich stärker aus als bisher prognostiziert. Auf die Bildung einer befristeten Ausgleichsreserve wird deshalb voraussichtlich verzichtet. Die neusten finanzpolitischen Szenarien für die Planjahre 2024 – 2026 zeigen, dass die Finanzperspektiven mit relativ grossen Unsicherheiten behaftet sind. Aufgrund der aktuellen Ereignisse (Energiekrise, Krieg in der Ukraine und möglich stärkere Inflation) wächst die Planungsunsicherheit zusätzlich. Im Weiteren werden die Attraktivität des Kantons Graubünden sowie die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit auch mit anderen Massnahmen, wie zum Beispiel der verstärkten Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung, verbessert. Die steuerlichen Massnahmen sind darauf abzustimmen und der Kantonshaushalt muss im Gleichgewicht gehalten werden können. Dasselbe gilt auch für die Gemeinden (und Landeskirchen), deren Steueraufkommen durch die gewünschte Steuerentlastung ebenfalls tangiert würde.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun d'avust 2022

Incumbensa Hohl concernent distgargias fiscalas per famiglias e per personas spezialisadas

L'onn da corona 2021 ha il chantun Grischun fatg in plus operativ da 139,4 milliuns francs. Tras il surpli dal retgav crescha l'agen chapital ch'è libramain disponibel sin 628 milliuns francs. Sch'ins resguarda l'agen chapital ch'è lià ad intents (finanziaziuns spezialas e prefinanziaziuns), importa l'agen chapital passa 1,2 milliardas francs.

Malgrà las sfidas futuras è la situaziun finanziaria actuala dal chantun fitg buna – per betg dir memia buna, sch'ins guarda sin l'art. 93 al. 2 da la Constituziun chantunala («Las finanzas duain, considerond il svilup economic, esser equilibradas a media vista.»).

Per las personas giuridicas èn actualmain anc avertas memia bleras dumondas da la politica naziunala concernent l'imposiziun minimala da taglia tenor la OECD. Percunter ston e pon ins agir immediatamain per distgargiar famiglias, pèrs cun duas pajas e personas spezialisadas (potenzialas). Quai en vista a la mancanza da personas spezialisadas, en vista a la promoziun da l'attractivitat da la cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia sco er en vista al fatg che la populaziun grischuna vegn pli e pli veglia. Ultra da diversas mesiras ch'èn gia pendentas tar il chantun (p.ex. revisiun totala da la Lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun), è er la concepziun da l'imposiziun da taglia a las personas natiralas ina incumbensa centrala dal Cussegl grond per meglierar las cundiziuns generalas.

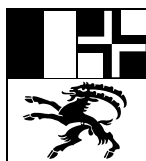
Las cundiziuns generalas fiscalas per famiglias e per personas spezialisadas (potenzialas) duessan ussa perquai vegnir examinadas e vegnir suttamessas al Cussegl grond per pudair adattar las cundiziuns generalas legalas.

En il center stat per exempel l'examinaziun da las deducziuns per uffants, da las deducziuns dals custs per la tgira d'uffants tras terzas personas, ma er da las deducziuns per pèrs cun duas pajas. Ultra da quai pudess eventualmain la concepziun da la progressiun fiscala vegnir analisada criticamain en vista als pèrs da la classa mesauna cun duas pajas. Areguard las personas spezialisadas stuess en spezial l'imposiziun da la taglia a la funtauna vegnir integrada en las ponderaziuns. Da quai pudessan profiter cunzunt ils patruns dals secturs da l'industria principala e secundara da construcziun u dal turissem. Natiralmain èn las incumbensadras ed ils incumbensaders er averts per propostas supplementaras u alternativatas.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan correspondentamain la Regenza da suttametter al Cussegl grond in project concret per distgargiar fiscalmain famiglias e personas spezialisadas (potenzialas), cun la finamira da meglierar l'attractivitat per las gruppas en mira respectivas en la cumparegliaziun naziunala ed internaziunala.

Cuira, ils 3 da settember 2022

Hohl, Bettinaglio, Koch, Adank, Altmann, Bergamin, Berweger, Binkert, Brandenburger, Brunold, Bundi, Butzerin, Cahenzli (Trin Mulin), Caluori, Candrian, Casutt, Censi, Claus, Collenberg, Cramer (Surava), Danuser (Cazas), Della Cà, Derungs, Dürler, Epp, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Heini, Holzinger-Loretz, Hug, Jochum, Kasper, Kienz, Kocher, Kohler, Krättli, Kuoni, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Pfäffli, Rageth, Rauch, Righetti, Rodigari, Roffler, Rüegg, Said Bucher, Salis, Sax, Schneider, Schutz, Sgier, Stiffler, Stocker, Tanner, Thür-Suter, Tomaschett, Widmer, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

25 d'october 2022

28 d'october 2022

810/2022

Incumbensa Hohl

concernent distgargias fiscalas per famiglias e per personas spezialisadas

Resposta da la Regenza

Cun l'incumbensa Hohl dals 3 da settember 2022 duai la Regenza vegnir incumbensada da suttametter al Cussegl grond in project concret per distgargiar fiscalmain famiglias e personas spezialisadas (potenzialas), cun l'intent da meglierar l'attractivitat per las gruppas en mira respectivas en la cumparegliaziun naziunala ed internaziunala. Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders pretendan per exempel d'examinar las deducziuns per uffants, las deducziuns dals custs per la tgira d'uffants tras terzas personas sco er las deducziuns per pèrs cun duas pajas. Plinavant proponan ellas ed els d'analisar criticamain la concepziun da la progressiun fiscala en vista als pèrs da la classa mesauna cun duas pajas. Areguard las personas spezialisadas pretendan ellas ed els ultra da quai che l'imposiziun da la taglia a la funtauna vegnia integrada en l'examinaziun.

La Regenza sustegna il giavisch da meglierar vinavant l'attractivitat dal chantun Grischun per famiglias e per personas spezialisadas tenor questa incumbensa. Resguardond il dretg surordinà ed ils svilups da la politica fiscala (p.ex. la taxaziun individuala) è ella perquai pronta d'examinar – en il senn da l'incumbensa – las propostas sco er las deducziuns numnadas, cuntegnidas en spezial en l'art. 36 (deducziuns generalas) ed en l'art. 38 (deducziuns socialas) da la Lescha da taglia per il chantun Grischun (DG 720.000). Plinavant è ella pronta da far in'analisa da la situaziun sco er da preschentar in project concret. En quest connex tegna la Regenza quint da las circumstanzas menziunadas qua sutvart.

Durant la perioda da legislatura currenta 2019–2022 èn gia vegnidas decididas e realisadas distgargias fiscalas considerablas, e quai er per las personas natirals. Cun elavurar e cun realisar mesiras concretas sto plinavant vegnir resguardà il basegn d'agir areguard la grevezza fiscala interchantunala, ed er tegnì quint dal fatg che la libertad d'agir è limitada sin plaun fiscal. Reducziuns generalas da la taglia per tut ils pajataglias n'èn actualmain betg inditgadas. Las pussaivladads finanzialas en il

sectur fiscal han clers cunfins. La situaziun da partenza cun gronds surplis dal retgav durant ils ultims onns e cun la situaziun finanziaria solida actuala po bain vegnir designada sco buna. Ins sto dentant er resguardar las ultimas perspectivas finanzialas cun reducziuns massivas dal retgav e cun grondas malsegirezzas.

Tegnair quint ston ins qua cunzunt dal pegiurament considerabel da las cifras dal plan da finanzas. Il nov plan da finanzas 2024–2026 cuntegna deficits che s'augmentan fermamain, e quai sin in nivel da 65 fin 112 milliuns francs. Ils motivs principals èn las perspectivas da gudogn fitg pessimisticas da la Banca naziunala svizra (BNS) sco er il fatg ch'il retgav da la gulivaziun da resursas naziunala vegn a sa reducir massivamain a partir da l'onn 2024. Il preventiv 2023 ed il plan da finanzas 2024–2026 quintan cun ina distribuziun quadrupla dal gudogn da la BNS e cun ina cumpart chantunala da 62 milliuns francs. Sco quai che las perditas enormas da la BNS durant ils emprims trais quartals da l'onn 2022 han mussà, èsi bain pussaivel che las distribuziuns dal gudogn scrodan dal tutfatg ils proxims onns. Tenor las ultimas prognosas da l'institut BAK Economics SA è plinavant la perdita tar la gulivaziun da resursas naziunala bier pli gronda che prognostitgà fin ussa. Da furmar ina reserva da compensaziun da durada limitada vegni perquai desisti previsiblamain. Ils ultims scenaris da la politica da finanzas per il plan da finanzas 2024–2026 mussan che las perspectivas finanzialas cuntegnan malsegirezzas relativamain grondas. Ils eveniments actuals (crisa d'energia, guerra en l'Ucraina ed inflaziun pussaivla pli gronda) augmentan supplementarmain las malsegirezzas areguard la planisaziun. L'attractivitat dal chantun Grischun sco er la cumpatibilitad da la famiglia cun l'activitad da gudogn vegnan ultra da quai meglieradas er tras outras mesiras, p.ex. cun promover pli fitg la tgira d'uffants complementara a la famiglia. Las mesiras fiscalas ston vegnir coordinadas cun talas, e las finanzas chantunalas ston pudair vegnir tegnidas en l'equiliber. Il medem vala er per las vischnancas (e per las Baselijs chantunalas). Lur entradas fiscalas vegnissan medemamain tangadas tras la distgargia fiscal.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di agosto 2022

Incarico Hohl concernente sgravi fiscali per famiglie e specialisti

Nel 2021, anno caratterizzato dalla pandemia di coronavirus, il Cantone dei Grigioni ha presentato un avanzo operativo di 139,4 milioni di franchi. A seguito dell'eccedenza dei ricavi il capitale proprio a libera disposizione sale a 628 milioni di franchi. Se si tiene conto del capitale proprio a destinazione vincolata (finanziamenti speciali e prefinanziamenti), il capitale proprio supera gli 1,2 miliardi di franchi.

Nonostante le sfide incombenti, la situazione finanziaria in cui versa il Cantone è molto buona, per non dire troppo buona, in considerazione dell'art. 93 cpv. 2 della Costituzione cantonale («A media scadenza deve essere garantita una gestione finanziaria equilibrata tenendo conto dello sviluppo economico»).

Mentre per quanto riguarda le persone giuridiche, tenuto conto della prevista imposizione minima OCSE, vi sono ancora troppe domande di politica nazionale senza risposta, in considerazione della carenza di specialisti, della volontà di promuovere l'attrattiva della conciliabilità di famiglia e lavoro e in considerazione del maggiore e crescente invecchiamento della popolazione grigionese si deve e si può agire senza indugio con uno sgravio delle famiglie, delle coppie con doppio reddito e dei (potenziali) specialisti. Oltre a diverse misure già in sospeso a livello di Cantone (ad esempio la revisione totale della legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni), anche la configurazione della tassazione delle persone fisiche è un compito fondamentale del Gran Consiglio con riferimento al miglioramento delle condizioni quadro.

Perciò le condizioni quadro fiscali per le famiglie e per i (potenziali) specialisti devono essere prese in esame ora e sottoposte al Gran Consiglio affinché quest'ultimo adegui le condizioni quadro legislative.

In primo piano vi sono ad esempio la verifica delle deduzioni per i figli, per i costi dell'assistenza ai bambini da parte di terzi ma anche la deduzione per le coppie con doppio reddito. Inoltre potrebbe eventualmente essere messa in discussione in modo critico la configurazione della progressione fiscale in relazione alle coppie a doppio reddito della classe media. Per quanto riguarda gli specialisti occorrerebbe in particolare includere nelle riflessioni l'imposizione alla fonte, della quale potrebbero beneficiare soprattutto lavoratori dei settori dell'edilizia principale e secondaria oppure del turismo. Naturalmente le firmatarie e i firmatari dell'incarico sono aperti anche ad altre proposte o a proposte alternative.

Le firmatarie e i firmatari danno quindi incarico al Governo di sottoporre al Gran Consiglio un progetto concreto per sgravi fiscali per famiglie e (potenziali) specialisti, con l'obiettivo di migliorare l'attrattiva per i corrispondenti gruppi bersaglio nel confronto nazionale e internazionale.

Coira, 3 settembre 2022

Hohl, Bettinaglio, Koch, Adank, Altmann, Bergamin, Berweger, Binkert, Brandenburger, Brunold, Bundi, Butzerin, Cahenzli (Trin Mulin), Caluori, Candrian, Casutt, Censi, Claus, Collenberg, Cramer (Surava), Danuser (Cazis), Della Cà, Derungs, Dürler, Epp, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Heini, Holzinger-Loretz, Hug, Jochum, Kasper, Kienz, Kocher, Kohler, Krättli, Kuoni, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Pfäffli, Rageth, Rauch, Righetti, Rodigari, Roffler, Rüegg, Said Bucher, Salis, Sax, Schneider, Schutz, Sgier, Stiffler, Stocker, Tanner, Thür-Suter, Tomaschett, Widmer, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart)



Seduta del

25 ottobre 2022

Comunicato il

28 ottobre 2022

Protocollo n.

810/2022

Incarico Hohl

concernente sgravi fiscali per famiglie e specialisti

Risposta del Governo

Con l'incarico Hohl del 3 settembre 2022 si intende incaricare il Governo di sottoporre al Gran Consiglio un progetto concreto per sgravi fiscali per famiglie e (potenziali) specialisti, al fine di migliorare l'attrattiva per i corrispondenti gruppi bersaglio nel confronto nazionale e internazionale. Le firmatarie e i firmatari richiedono ad esempio la verifica delle deduzioni per figli, delle deduzioni per l'assistenza da parte di terzi nonché della deduzione per doppio reddito. Sugeriscono inoltre di mettere in discussione in modo critico la configurazione della progressione fiscale in relazione alle coppie a doppio reddito della classe media. Richiedono anche che, per quanto riguarda gli specialisti, nella verifica venga considerata anche l'imposizione alla fonte.

Il Governo sostiene la richiesta di migliorare ulteriormente l'attrattiva del Cantone dei Grigioni per le famiglie e gli specialisti in conformità al presente incarico ed è perciò disposto, come voluto dall'incarico, a verificare le deduzioni menzionate, previste in particolare dall'art. 36 (deduzioni generali) e dall'art. 38 (deduzioni sociali) della legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni (CSC 720.000), nonché i suggerimenti menzionati tenendo conto del diritto sovraordinato e degli sviluppi di politica fiscale (come ad es. la tassazione individuale), a elaborare un'analisi nonché a presentare un progetto concreto. Nel fare questo il Governo terrà conto dei dati di fatto indicati di seguito.

Nella corrente legislatura 2019 – 2022 sono già state decise e attuate considerevoli misure di sgravio fiscale anche per le persone fisiche. Nell'elaborazione e nell'attuazione di misure concrete si deve inoltre tenere conto sia della necessità di agire con riferimento alla pressione fiscale intercantonale, sia del limitato margine di manovra concesso dalla politica fiscale. Al momento riduzioni generalizzate delle imposte non sono opportune. Alle possibilità finanziarie nel settore fiscale sono posti chiari limiti. La situazione di partenza, con le elevate eccedenze attive degli ultimi anni e l'attuale

situazione finanziaria solida possono essere considerate buone, ciononostante non devono essere trascurate le più recenti prospettive finanziarie con contrazioni dei ricavi e incertezze considerevoli.

A tale riguardo occorre considerare soprattutto il sostanziale peggioramento dei dati del piano finanziario. Il nuovo piano finanziario 2024-2026 presenta disavanzi in forte aumento, compresi tra i 65 e i 112 milioni. Tra i motivi principali rientrano le prospettive molto fosche riguardo agli utili della Banca nazionale svizzera (BNS) e la massiccia contrazione dei ricavi in relazione alla perequazione delle risorse nazionale attesa da partire dal 2024. Nel preventivo 2023 e nel piano finanziario 2024 – 2026 sono attese una quadrupla distribuzione di utili della BNS e una quota cantonale di 62 milioni. Le enormi perdite registrate dalla BNS nei primi tre trimestri del 2022 hanno mostrato che è senz'altro possibile che nei prossimi anni non vi sarà alcuna distribuzione di utili. Inoltre, stando alle più recenti previsioni di BAK Economics AG la contrazione in relazione alla perequazione delle risorse nazionale sarà nettamente più forte di quanto previsto finora. Si rinuncerà perciò probabilmente alla costituzione di una riserva di compensazione a termine. I più recenti scenari di politica finanziaria per gli anni di pianificazione 2024– 2026 mostrano che le prospettive finanziarie sono associate a un'incertezza relativamente grande. A seguito degli eventi attuali (crisi energetica, guerra in Ucraina e possibile aumento dell'inflazione), l'incertezza di pianificazione aumenta ulteriormente. Inoltre l'attrattiva del Cantone dei Grigioni nonché la possibilità di conciliare famiglia e attività lucrativa vengono migliorate anche con altre misure, come ad esempio la maggiore promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia. I provvedimenti fiscali devono essere accordati a tali misure e il bilancio cantonale deve poter essere mantenuto in equilibrio. Lo stesso vale anche per i comuni (e per le chiese riconosciute dallo Stato), le cui entrate fiscali sarebbero a loro volta interessate dagli sgravi fiscali richiesti.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin